

südostschweiz

Schweiz am Wochenende



Samstag, 6. März 2021

AZ 7007 Chur | Nr. 54 | Redaktion 081 255 50 50 | E-Mail graubuenden@suedostschweiz.ch | Abo 0844 226 226 | Inserate 081 255 58 58 | Fr. 3.70 suedostschweiz.ch

Gratistests für alle – Bundesrat macht noch eine Milliarde locker

In der Schweiz sollen sich ab Mitte Monat alle Menschen kostenlos auf das Coronavirus testen lassen können.

Patrick Kuoni und Benjamin Repolusk

Der Bundesrat plant eine massive Ausweitung seiner Coronateststrategie und will dafür eine weitere Milliarde Franken aufwenden. Ab Mitte Monat soll sich jeder Mensch im Land, der das wünscht, gratis testen lassen können. Das sagte Gesundheitsminister Alain Berset am Freitag vor den Medien in Bern. Dies sei ein wichtiger Schritt zu

einer Rückkehr in die Normalität. Der Bund wolle viel mehr testen, damit infizierte Personen schneller identifiziert werden könnten.

Schmid bleibt hartnäckig

Mit diesem Paradigmenwechsel erfüllt der Bundesrat auch ein Anliegen des Bündner Ständerates Martin Schmid. Sein Antrag, der eine Testoffensive verlangt, wurde in der kleinen Kammer am

Der Bund sieht in den Massentests einen wichtigen Schritt in Richtung Normalität.

Donnerstag einstimmig angenommen. Ein weiterer, nämlich dass die Kantone unter gewissen Bedingungen wieder mehr lockern können, zieht er trotz der veränderten Situation weiter.

Neben Tests sollen auch die laufenden Impfungen bei der Bewältigung der Pandemie helfen. Wenn es aber um Privilegien für bereits geimpfte Menschen geht, sind die Bündnerinnen und Bündner skeptisch. **Seiten 3, 5, 20 und 31**

Der Kampf der Frauen – einst und heute

Am Montag ist Internationaler Frauentag. Zwei engagierte Frauen sprechen über Gleichstellung.

Vor 25 Jahren wurde die Juristin Rita Jerjen-Habich zur ersten Leiterin der Stabsstelle für Gleichstellungsfragen des Kantons Graubünden – heute Stabsstelle für Chancengleichheit von Frau und Mann – gewählt.

Im Interview spricht Jerjen-Habich über die Anfänge der offiziellen kantonalen Gleichstellungsarbeit. Sie erzählt, wie sie einst zu Firmenchefs ging und über Lohnungleichheiten referierte. Und sie erinnert sich an ihren dama-

ligen Chef, Regierungsrat Aluis Maisen.

Frauen in Führungspositionen

Von damals zu heute: SP-Nationalrätin Sandra Locher Benguerel hat sich diese Woche in Bern einmal mehr für die Gleichstellung von Frauen und Männern eingesetzt. Sie fragte nach, wie es mit der Frauenquote bei Führungspositionen in bundesnahen Unternehmen weitergeht. (hap) **Seiten 2/3**

Klare Worte von Bischof Eleganti

Chur/Uznach Sein Rücktritt vor rund zwei Wochen sei freiwillig erfolgt, betont der frühere Churer Weihbischof Marian Eleganti im Interview. Jetzt sei er «frei und verliere keine Zeit und Energie mehr in Strukturen, wo Mehrheitsentscheide den Ausschlag geben». Angesprochen auf seine umstrittenen Äusserungen zu Covid-19 sagt Eleganti, es gebe «berechtigte Fragen». Zudem äussert er sich zum neuen Churer Bischof. (red) **Seite 7**

Psychotricks statt Bussen und Blitzer

Strassenverkehr Klassische Massnahmen wie Bussen, Blitzer oder Aufklärungskampagnen reichen mitunter nicht aus, um jemanden dazu zu bewegen, die Verkehrsregeln zu befolgen. Deshalb lässt das Bundesamt für Strassen neue Methoden prüfen, um Verkehrssünder zu zähmen – sogenannte verhaltensökonomische Ansätze. Psychologische Kniffe sollen Verkehrsteilnehmer dazu bewegen, sich sicherer zu verhalten. (sva) **Seite 23**



Die Bündner Geschichte wartet auf Neugierige

Man darf wieder ins Museum. Bevor die Jüngsten den Dachboden des Rätischen Museums in Chur stürmen, lädt Andrea Kauer zum Zmorga. **Seite 10** Bild:Olivia Aepli-Item

Vor der grossen Fernsehbeichte

Das Herzogspaar von Sussex kämpft gegen den Rest der Familie. **Ausland**



Grosse Skepsis in Fachkreisen

Die Migros macht sich im Gesundheitssektor breit und hat jetzt auch Sexualberatung im Angebot. **Wirtschaft**

Der Maestro vor dem Comeback

1513 Matches hat Roger Federer schon gespielt – und nächste Woche geht es endlich weiter. **Sport**

Wetter heute

Nord- und Mittelbünden



1° / 7°
Seite 15

Inhalt	Forum	16
Region	2	Todesanzeigen 17
Stellen	11	TV-Programm w16
Wetter / Börse	15	Denksport w18



INSERAT

<p>Audi A3 1.6 TDI</p> <p>Ab Service und MFK, Navigation, Automatik, 8-fach bereit, Parksensoren usw. 1.Inv 10.2016, KM 40 000 Schwarz mét Fr. 18 900.—</p>	<p>BMW 218xd Gran Tourer</p> <p>7-Plätzer, Allrad, Anhängerverrichtung, Automatik, Navigation, 8-fach bereit 1.Inv 10.2018, KM 52 000 Weiss Fr. 25 500.—</p>	<p>Mini Cooper S</p> <p>Gratisservice, 8-fach bereit, Navigation, Tempomat usw. 1.Inv 10.2016 KM 23 000 Orange Fr. 20 900.—</p>	<p>TESLA Model S 85 D</p> <p>Allrad, Panoramadach, Abstandsregler usw. 1.Inv 10.2016 Km 82 000 Weiss Fr. 46 900.—</p>	<p>BMW Z4 20i</p> <p>Vorführwagen, 0,9% Leasing, top Ausstattung 1.Inv 03.2019 KM 9900 Rot Fr. 45 500.—</p>	<p>BMW 320xd Touring</p> <p>Allrad, Automatik, Navigation, LED-Scheinwerfer, Anhängerkupplung, 8-fach bereit 1.Inv 12.2018 KM 57 000 Weiss Fr. 25 400.—</p>	<p>Auto Walser AG</p> <p>Auto Walser AG Bahnhofstrasse 56 7323 Wangs 081 720 45 50 www.autowalser.ch</p>
---	--	---	---	---	---	---

Heizungstechnik
Unsere Heizungs-lösungen lassen Sie nicht kalt.

bouygues-es-intec.ch

Kommentar
zur Woche

Die nächste Krise steht schon in der offenen Tür

Was soll man dazu noch sagen? Vor zwei Wochen wollte der Bundesrat nichts davon wissen, die Gastronomie wenigstens im Freien zu öffnen, und heute fordern einzelne Bundesräte, rasch zur Normalität zurückzukehren. Dies, nachdem sie zuvor selbst ausdrücklich davor gewarnt hätten, wie vertrauliche Protokolle belegen würden, heisst es aus Bundesbern.

Statt zu entscheiden, schickt der Bundesrat den Kantonen Vorschläge, wie man Covid-19 Einhalt gebieten könne, und wundert sich, dass man sich nicht einig ist. Graubünden setzt voll Elan auf Massentests, im Nachbaranton St. Gallen will man davon nichts wissen. Nur Aussenminister Ignazio Cassis äussert sich nicht zu Covid-19 und feiert lieber eine Woche lang das Romanische, das die Welt erobere.

Auch das Bundesparlament überzeugt nicht. Der Nationalrat verlangt allen Ernstes, die Einschränkungen aufzuheben, weil die Pandemie vorbei sei. Dies, während das Leben in den Nachbarländern nach wie vor eingeschränkter ist. Zur Einbahnpolitik des Nationalrates passt, dass man am liebsten auch der Covid-19-Taskforce einen Maulkorb verpassen würde, damit diese nur sagt, was die Politiker hören wollen.

Während jüngere Senioren bereits zweimal geimpft wurden, warten die ältesten noch immer auf ein Aufgebot – «technische Probleme», heisst es seitens der Behörden. Impfstofflieferungen verzögern sich, aber der Bundesrat versuche immerhin, sich am Impfpass mit Europa zu beteiligen – der gleiche Bundesrat, der das verhandelte Rahmenabkommen mit Europa wohl demnächst vom Tisch wischt.

Covid-19 zeigt die Schweizer Malaise schonungslos auf: Unsere Institutionen stammen aus dem 19. Jahrhundert, und die Diskussion über die politische Rolle der Schweiz im 21. Jahrhundert schieben wir lieber vor uns her, statt sie ernsthaft zu führen. Ja, was soll man dazu bloss noch sagen?



Reto Furter,
Leiter Medienfamilie
reto.furter@somedia.ch

Et voilà: die erste Bündnerin

Rita Jerjen-Habich war die erste Leiterin der Bündner Stabsstelle für Gleichstellungsfragen. Das war vor 25 Jahren. Ein

Interview: Pierina Hassler

Der 1. November 1996 war der Stichtag. Ab diesem Datum hatte der Kanton Graubünden eine Stabsstelle für Gleichstellungsfragen. Zur ersten Leiterin wurde die Juristin Rita Jerjen-Habich gewählt. Anfänglich teilten sich Jerjen-Habich und ihre Assistentin Silvia Graf-Frey 70 Stellenprozente. Ab 1997 wurde die Fachstelle auf 130 Stellenprozente ausgebaut. Die 25-jährige Geschichte der Stabsstelle für Gleichstellungsfragen, jetzt Stabsstelle für Chancengleichheit von Frau und Mann, ist bewegt. Es gab sogar Zeiten, in denen die Regierung die Fachstelle aus Spargründen abschaffen wollte. Auch dank der damaligen Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf kam es nicht so weit. Jerjen-Habich war von November 1996 bis Februar 1999 Leiterin der Stabsstelle. Dann zog sie mit ihrer Familie nach Südamerika. Seit einigen Jahren ist sie zurück in der Schweiz und lebt in Zürich. Im Interview spricht sie über ihren guten Draht zu alt Regierungsrat Aluis Maissen. Über den weiblichen Valentinstag. Und über ihre Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte.

Rita Jerjen-Habich, am Montag ist Internationaler Frauentag. Welche Bedeutung hat der 8. März für Sie?

Rita Jerjen-Habich: Das Datum ist mir sehr bewusst, allerdings ist es nicht so, dass ich an diesem Tag an speziellen Anlässen teilnehme. Aber ich melde mich beispielsweise per Whatsapp bei Frauen, die mir speziell am Herzen liegen und wünsche ihnen etwas Gutes. Für mich ist der 8. März der Valentinstag für Frauen. Es ist eine lieb gewonnene Tradition geworden. Entstanden ist dies, weil ich lange Zeit in Lateinamerika daheim war. Der Internationale Frauentag wird dort sehr hochgehalten. Frauen tauschen sich untereinander

der aus, sehr liebevoll, ohne jetzt an Anlässen teilzunehmen.

Sie waren die erste Leiterin der Stabsstelle für Gleichstellungsfragen im Kanton Graubünden. Wie kamen Sie zu diesem Job?

Für den Anfang wollte die Regierung eine Juristin. Ich war eine solche. Es gab natürlich auch andere, aber nicht viele, die auch tätig waren. Politisch aktiv war ich nicht, aber ich engagierte mich bei der Frauenzentrale. Geholfen hat mir sicher auch, dass ich eine Unterländerin



Die Juristin Rita Jerjen-Habich daheim in Zürich-Wollishofen und vor 25 Jahren im Büro der Stabsstelle für Gleichstellungsfragen an der Loestrasse in Chur.
Bilder: Pierina Hassler / Archiv



Mehr Chefinnen braucht das Land –

Vor dem Frauentag vom Montag stellt sich die Frage, wie es mit Frauenquoten, Führungspositionen und Fairness bei

Geht es um Führungspositionen in kantonsnahen Betrieben, ist die Frauenquote in Graubünden an einem kleinen Ort. Ein Blick auf die insgesamt 30 Kantonsvertretungen zeigt: Ob Graubündner Kantonalbank, Pensionskasse Graubünden, Rhätische Bahn oder Sozialversicherungsanstalt Graubünden – es stehen mehrheitlich Männer an der Spitze. Einige wenige Frauen gibt es auch: alt Nationalrätin Brigitta Gadiant für die Fachhochschule Graubünden. Das Kraftwerk Reichenau AG mit alt Grossrätin Angela Casanova und Rita Cathomas-Bearth für die Stiftung Rhätisches Museum.

Dass es anders gehen kann, zeigt der Kanton Basel-Stadt. In Sachen Frauenquote ist er schweizweit führend. Laut dem Präsidialdepartement, Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern, wird die Geschlechterquote von mindestens einem Drittel seit dem 1. Januar 2020 in sämtlichen 22 staatsnahen Unternehmen erfüllt. Aktuell liegt der Frauenanteil bei 47,8 Prozent. Vier Unternehmen weisen gar einen Frauenanteil von 50 Prozent und mehr auf.

«Wird ein neues Leitungsmitglied gewählt, müssen Abweichungen kommuniziert und begründet werden.»

Würde der Kanton Graubünden gleich handeln wie der Bund oder eben Basel-Stadt, müsste er einen bewussten Entscheid für mehr Frauen in Führungspositionen treffen. Am 25. November 2020 beschloss der Bundesrat, dass in den obersten Leitungsorganen von bundesnahen Betrieben mehr Frauen vertreten sein sollen. Bis dahin lag die Zielvorgabe bei 30 Prozent. Neu soll der Frauenanteil bis Ende 2023 bei 40 Prozent liegen. Es geht um Kaderpositionen in 27 bundesnahen Betrieben. Das sind beispielsweise Post, SBB oder SRG. «Wird ein neues Leitungsmitglied gewählt, müssen Abweichungen kommuniziert und begründet werden», sagt die Bündner SP-Nationalrätin Sandra Locher Benguerel. Das heisst: Wird statt einer Frau ein Mann als neues Kadermitglied gewählt, müssen die bundesnahen Betriebe gut erklären, weshalb dieser für diese Stelle besser geeignet ist als eine Frau.

Wichtige Zielvorgaben

Die aktuelle Frauenquote bei den Führungspositionen in bundesnahen Betrieben liegt allerdings weder bei 30

noch bei 40 Prozent. «Sie beträgt 20 Prozent, und das wiederum bedeutet, dass das ursprüngliche Ziel von 30 Prozent nicht erreicht wurde», so Locher Benguerel. Die Sozialdemokratin findet die neue Zielvorgabe des Bundesrates an sich vorbildlich, denn nur mit verbindlichen Vorgaben könne die tatsächliche Gleichstellung erreicht werden. Trotzdem wollte sie am Mittwoch in einem Vorstoss vom Bundesrat unter anderem wissen, aus welchem Grund die ursprüngliche Vorgabe von 30 Prozent nicht erreicht wurde. «Es interessierte mich auch, mit welchen konkreten Massnahmen der Bundesrat denn die neue Zielvorgabe von 40 Prozent erreichen will.» Zudem hakte sie beim Monitoring, respektive der Berichterstattung über den Frauenanteil, nach.

Kleine Veränderungen

Was beim Bund gilt, würde auch Graubünden gut anstehen. Die Ansätze sind da. In einer länderübergreifenden Zusammenarbeit im Bereich der Gleichstellung wurde 2016 untersucht, wie es im Kanton Graubünden mit Frauen in Führungspositionen steht. Im Schluss-

r «Madame Égalité»

n Gespräch über damals, über Veränderungen und über den Tag der Frau.

rin war, die in Graubünden Fuss gefasst hatte. Zu diesem Zeitpunkt war ich seit rund acht Jahren in Chur. Ich hatte mir beruflich vielleicht auch einen gewissen Namen gemacht.

Haben Sie sofort zugesagt, als die Anfrage kam?

Die Anfrage freute mich sehr. Damals war ich selbstständige Juristin mit eigener Kanzlei und konnte meine Zeit einteilen. Ich hatte eine gewisse Pufferzone, konnte also meine Arbeit etwas herunterfahren. Und es war auch keine 100-Prozent-Stelle. Meine Assistentin Silvia Graf-Frey und ich haben uns die Arbeit aufgeteilt.

Was war Ihre Arbeit? Einen genauen Jobbeschrieb gab es anfänglich vermutlich noch nicht?

Wir leisteten viel Sensibilisierungsarbeit. Damals war die Lohnungleichheit noch viel ausgeprägter. Also gingen wir zu Firmen. Nahmen Kontakt mit Arbeitgebern auf und führten dort Anlässe durch. Aber wir halfen auch den Frauen direkt: Wenn eine zu uns kam, und sagte: «Mein Kollege macht die gleiche Arbeit wie ich, verdient aber mehr», begleiteten wir sie und sprachen mit den Chefs.

Die Stabsstelle für Gleichstellungsfragen war also ganz klar auch eine Beratungsstelle?

Die Stelle beinhaltete, dass wir selber aktiv wurden, Projekte anrissen. Wir hatten auch eine grosse Bibliothek mit fachspezifischen Büchern, die zu unseren Öffnungszeiten öffentlich zugänglich war. Und klar, die Beraterfunktion. Dies teilten Silvia Graf-Frey und ich uns auf. Es ging dabei vor allem um arbeitsrechtliche Sachen. Wir waren aber sicher nicht die richtigen Frauen, um beispielsweise bei privaten Problemen zu helfen.

Von wegen, kein genauer Jobbeschrieb. Die Stabsstelle war sehr durchdacht aufgebaut.

Alles war genau konzipiert. Man hat ihr auch eine Wertschätzung entgegengebracht, indem man sie so nahe an der Regierung platziert hat. Ich musste keinen Apparat durchlaufen, ich konnte mich direkt bei Regierungsrat Aluis Maissen melden. Die Regierung nahm auch die Impulse aus dem Frauenplenium, der Frauenzentrale und aus der Gesellschaft auf und hörte zu. Natürlich stand sie auch unter einem gewissen Druck. Es war aber gut, dass es diesen Druck gab. So wurden die Bedürfnisse der Frauen ernst genommen.

Kehren wir zurück zum Thema Lohnungleichheit. Hatten Sie Einfluss auf faire Löhne beim Kanton oder bei kantonsnahen Unternehmen?

Nein, weil es parallel zu uns beim Kanton die Anlaufstelle für Frauenfragen gab. Die war zuständig für kantonsinterne Probleme. Wir arbeiteten aber gut zusammen und haben gewisse Sachen auch gemeinsam geplant. Heute gibt es diese kantonale Anlaufstelle nicht mehr.

Waren Sie eigenständig oder wurden sie von der Regierung auf Schritt und Tritt kontrolliert?

Regierungsrat Aluis Maissen war mein direkter Vorgesetzter. Wir haben uns sehr gut verstanden und standen in regem Austausch, das schon. Aber es gab nie irgendein Vorhaben von mir, bei dem Maissen gesagt hat, so komme das nicht in Frage. Ich meldete mich gerne bei ihm, um gewisse Dinge zu besprechen. Übrigens noch etwas ganz Wichtiges: Regierungsrat Maissen stellte klar, dass wir zwar für die Gleichstellung zwischen Mann und Frau zuständig waren. Er sagte aber auch: «Wenn ihr an einem anderen Ort Probleme bei

der Gleichstellung seht, heisst das nicht, dass ihr nicht zuständig seid.»

Sie wurden «Madame Égalité» genannt. Freute Sie dieser Titel oder war er eher ein Ärgernis?

Ich bin keine Feministin, die sich gegen aussen als Kämpferin gibt. Selbstverständlich vertrete ich aber meine Standpunkte. Und wie schon gesagt, war ich nicht parteipolitisch tätig. Ich kann mir deshalb vorstellen, dass ich

«Ich hatte das Gefühl, die hören uns zu.»

auch gewählt wurde, weil ich ein Stück weit gemässigt war. Das war der Regierung ziemlich sicher recht. Deshalb freute es mich sehr, dass man mir den Namen «Madame Égalité» verpasste und mich auch so wahrnahm. Gerade weil ich eben eher gemässigt in Erscheinung trat, man mir aber doch vertraute, dass ich diese Arbeit im Sinne der Gleichstellung von Mann und Frau richtig und gut mache.

Haben Sie nachträglich das Gefühl, Sie hätten damals etwas bewirkt?

Das ist schwierig zu beantworten. Ich denke aber schon. Ich erinnere mich, dass etwa die Ems Chemie uns gegenüber sehr offen war. Ich hatte das Gefühl, die hören uns zu. Wie viel nachher tatsächlich umgesetzt wurde, weiss ich natürlich nicht. Ich hoffe aber schon, das etwas hängen geblieben ist.

und der Kanton auch

den Löhnen weiter geht. Noch hinkt die Politik den eigenen Vorstellungen hinterher.



Kämpferisch: SP-Nationalrätin Sandra Locher Benguerel setzt sich in Bern unter anderem für die Gleichstellung von Frau und Mann ein. Bild: Anthony Anex / Keystone

bericht «Frauen entscheiden» sind unter anderem die Bereiche Politik, Wissenschaft, Verwaltung, Kultur, Soziales und Sport genau unter die Lupe genommen worden. Das Fazit zum Punkt «Kantonalen Ämter» war damals unerfreulich: Laut dem Bericht wurden in den meisten Departementen alle Ämter ausschliesslich von Männern geleitet. Im Departement für Volkswirtschaft und Soziales bekleideten zwei Frauen eine leitende Funktion. Die Amtsstellen im Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit wurden ausschliesslich von Männern geführt. Im Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement wurden zwei Amtsstellen sowie das Departementssekretariat von Frauen geleitet. Und im Departement für Finanzen und Gemeinden wurden alle Amtsstellen von Männern geführt.

Fast fünf Jahre später mögen sich im Kanton ein paar Veränderungen zugunsten der Frauen ergeben haben. Aktuelle Zahlen stehen aber keine zur Verfügung.

Pierina Hassler



Erfolg: Zwei Covidanträge von Ständerat Martin Schmid (FDP) finden Mehrheiten in der kleinen Kammer. Bild: Anthony Anex / Keystone

Mehr Tests, mehr kantonale Macht

Ein Antrag von FDP-Ständerat Martin Schmid wird vom Bundesrat umgesetzt, ein zweiter erntet Zustimmung.

Patrick Kuoni

Bern Der Bundesrat schwenkt auf den Bündner Weg um. Er will den Schweizerinnen und Schweizern die Möglichkeit geben, sich regelmässig zu testen (siehe Seite 20). Die nationale Exekutive hat die Rufe der Bündner Regierung, aber auch von vielen Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern, erhört. Der Druck war zuletzt gross gewesen.

So hatte der Bündner Ständerat Martin Schmid (FDP) nach Rücksprache mit seinem Ratskollegen Stefan Engler (CVP) einen Antrag in der kleinen Kammer eingereicht, der genau das gefordert hatte. Der Antrag war dort unbestritten und wurde am Donnerstag einstimmig angenommen. «Die neue Teststrategie des Bundesrates ist voll in meinem Sinn», so Schmid. Es sei eines der Mittel, um aus dem Lockdown rauszukommen. «Mit diesem Lockdown gibt es viel zu viele Kollateralschäden.» Vor einem Jahr sei dieser die richtige Antwort gewesen, «aber innerhalb eines Jahres sollte man etwas gelernt haben».

Das sieht auch der Bündner Regierungspräsident Mario Cavigelli so. «Eine nationale Teststrategie, wie sie der Bundesrat nun vorsieht, ist die Lösung, die wir immer wieder gefordert haben.» Der Paradigmenwechsel werde von der Bündner Regierung sehr begrüsst. Dieser werde aber nur dann eine Chance auf Erfolg haben, wenn es gelinge, möglichst breite Teile der Bevölkerung und der Wirtschaft von der Richtigkeit dieses neuen Weges zu überzeugen. Dafür hätten Bund und Kantone nun gemeinsam zu sorgen, so Cavigelli.

Graubünden hatte zuvor auf eigene Faust die Kosten für regelmässige Betriebstests und weitere grosse Testaktionen übernommen.

Schmid mit zweitem Antrag Ebenfalls am Donnerstag nahm der Ständerat einen zweiten Antrag von Schmid an. Diesen hält er trotz der nun veränderten Ausgangslage aufrecht. Im Antrag fordert Schmid, dass Kan-

tone unter bestimmten Voraussetzungen Erleichterungen der Massnahmen gegen Covid-19 vornehmen können. «Ich möchte, dass der Bundesrat den Kantonen, die innovativ sind und versuchen, die Pandemie in den Griff zu bekommen – und zwar nicht einfach nur mit der Lockdownlösung –, entsprechende Erleichterungen gewähren muss», erklärt Schmid. Die Voraussetzungen für diese Möglichkeit ist gemäss Antrag, dass die Kantone eine stabile oder rückläufige epidemiologische Lage aufweisen und eine Teststrategie oder andere geeignete Massnahmen zur Pandemiebekämpfung anwenden. Der Antrag wurde klar mit 30:13 Stimmen angenommen.

Cavigelli meint zu Schmid's Antrag, dass dieser eine gute Option gewesen wäre, wenn der Bund zur Einführung und wirklichen Umsetzung einer nat-

«Mit diesem Lockdown gibt es viel zu viele Kollateralschäden.»

ionalen Teststrategie keine Hand geboten hätte. Es bleibe richtig, auch diesen Pfad vorderhand weiter zu verfolgen.

«Teilweise realitätsfremd»

Schmid begründete seinen Antrag auch mit der fehlenden Nachvollziehbarkeit einiger Bundesratsentscheide. Er erachte es ausserdem als falsch, dass man den Föderalismus mit Füssen trete, ihn schlecht mache und die Überlegenheit des Zentralstaates in den Vordergrund stelle, wie das der Bundesrat manchmal tue. Und der befürchtete Flickenteppich sei aufgrund der bisher kantonal unterschiedlichen Teststrategien bis heute bereits eine Tatsache gewesen. Der Antrag wird am Montag im Nationalrat diskutiert.